



Bildung - und besonders die Erwachsenenbildung - ist Nutznießerin und Opfer der Bürokratie. Zugleich muss konstatiert werden, dass non-formale Bildung selbst die Grundlage dafür sein kann, Bürokratie sinnvoll, menschlich und lernfähig zu halten. Das soll in den folgenden Ausführungen gezeigt werden. Das Verständnis Nikolai Grundtvigs von der Erwachsenenbildung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Resonanztheorie Hartmut Rosas.

Education - and adult education in particular - is both a beneficiary and a victim of bureaucracy. At the same time, it must be noted that non-formal education itself can provide the basis for keeping bureaucracy meaningful, humane, and capable of learning. This will be demonstrated in the following discussion. In this context, Nikolai Grundtvig's understanding of adult education plays a role, as does Hartmut Rosa's theory of resonance.

Schlagnworte: Verwaltung; Erwachsenenbildung; Demokratie; Resonanz; Administration; Adult Education; Democracy; Resonance

Zitervorschlag: Lätzel, Martin (2026). *Bürokratie gegen Bildung oder Bildung für Bürokratie?: Wege zu einer resonanzfähigen Verwaltung und einer verwaltungsresonanten Bildung*. *Hessische Blätter für Volksbildung*, 76(2), 72-79. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2602W009>

E-Journal Einzelbeitrag
von: Martin Lätzel

Bürokratie gegen Bildung oder Bildung für Bürokratie?

Wege zu einer resonanzfähigen Verwaltung und einer verwaltungsresonanten Bildung

aus: 80 Jahre hvv – Zeitläufte und Perspektiven (HBV2602W)
Erscheinungsjahr: 2026
Seiten: 72 - 79
DOI: 10.3278/HBV2602W009



Bürokratie gegen Bildung oder Bildung für Bürokratie?

Wege zu einer resonanzfähigen Verwaltung und einer verwaltungsresonanten Bildung

MARTIN LÄTZEL

Zusammenfassung

Bildung – und besonders die Erwachsenenbildung – ist Nutznießerin und Opfer der Bürokratie. Zugleich muss konstatiert werden, dass non-formale Bildung selbst die Grundlage dafür sein kann, Bürokratie sinnvoll, menschlich und lernfähig zu halten. Das soll in den folgenden Ausführungen gezeigt werden. Das Verständnis Nikolai Grundtvigs von der Erwachsenenbildung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Resonanztheorie Hartmut Rosas.

Stichwörter: Verwaltung; Erwachsenenbildung; Demokratie; Resonanz

Abstract

Education – and adult education in particular – is both a beneficiary and a victim of bureaucracy. At the same time, it must be noted that non-formal education itself can provide the basis for keeping bureaucracy meaningful, humane, and capable of learning. This will be demonstrated in the following discussion. In this context, Nikolai Grundtvig's understanding of adult education plays a role, as does Hartmut Rosa's theory of resonance.

Keywords: Administration; Adult Education; Democracy; Resonance

1 Bürokratie: Problem und Disruption als Lösung?

Wir alle brauchen Bürokratie. Eine funktionierende Verwaltung ist unerlässlich für das Gemeinwesen. Sie sorgt für Transparenz, sichert Rechte ab, schützt Schwächere und ist das Rückgrat einer stabilen Demokratie. In der Perspektive vieler aber ist die staatliche Bürokratie nur noch das große Graue (vgl. Sloterdijk 2022, S. 114) oder das große Ungetüm (vgl. Graeber 2017, S. 24 ff.).

Der vorliegende Aufsatz thematisiert vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit einer engen Partnerschaft zwischen Verwaltung und non-formaler Bildung, um Demokratie lebendig und widerstandsfähig zu gestalten, wobei politische Bildung, ethische Reflexion und digitale Kompetenz wesentliche Bestandteile einer „Bildung zur Bürokratie“ sind. Volkshochschulen spielen in diesem Prozess eine zentrale Rolle, indem sie Räume für Teilhabe und kontroverse Diskussionen schaffen und so zur Bildung und Demokratisierung beitragen. Ziel ist ein Kulturwandel hin zu einer Resonanzbeziehung zwischen einer lernenden Verwaltung, die als Dienst am Menschen handelt, und einem Bildungsangebot, das seine emanzipatorische Kraft entfalten kann.

Bürokratie soll hier verstanden werden als Synonym für die öffentliche Verwaltung (vgl. Behnke 2014). Sie dient als notwendige Struktur für Gerechtigkeit, Effizienz, Transparenz und Ordnung im demokratischen Staatswesen (vgl. ebd., S. 132 ff.). Sie kann zugleich durch Überregulierung, Dokumentationszwang und Formalismus Lernprozesse behindern, Frustration oder Reaktanz erzeugen (vgl. ebd., S. 139 ff.). Das führt im günstigsten Fall zur Unterminierung, im schlimmsten Fall zum Ruf nach einer starken Person (meist geht es um den „starken Mann“¹), die – obgleich willkürlich agierend und ohne demokratischen Kompass – dafür sorgt, *dass sich etwas bewegt*, ohne Rücksicht auf Gesetze und Verordnungen.

Die Erfahrung einer „überbordenden Bürokratie“ machen wir in unterschiedlichen Zusammenhängen, sei es in der Wirtschaft – hier ist die Klage besonders groß –, in der Wissenschaft (vgl. Kühl 2025a) oder in Bildung und Kultur. Friedrich Merz versprach, als Kanzler die Bürokratie in Deutschland stark zu reduzieren und schlug ein „Bürokratie-Moratorium“ vor (vgl. Löhr 2025). Markus Hinterleitner betont, dass Bürokratien oft aus politischer Notwendigkeit heraus kritisiert werden. Eine Vielzahl von Regelungen entspringt allerdings nicht der Verwaltung selbst, sondern ist die Folge politischer oder juristischer Beratungen und Prozesse (vgl. Voigt 1980). Die Politik nutzt gleichwohl die Bürokratie als Blitzableiter für Kritik und riskiert die Loyalität der Verwaltung sowie die Funktionalität des demokratischen Rechtsstaates. Diese Strategie kann die Verwaltung so schwächen, dass sie ihre eigentliche Aufgabe, die Umsetzung staatlicher Regeln, nicht mehr effektiv erfüllen kann, was Demokratieverdrossenheit verschärfen kann (vgl. Hinterleitner 2025).

Die auch in der Verwaltung fortschreitende digitale Transformation fordert demgegenüber eigentlich eine schnelle, iterative Prozessgestaltung und hohe Flexibilität

1 Vgl. Wenn die Worte fehlen – Argumente gegen Stammtischparolen. Deutscher Volkshochschulverband, Bonn 2020.

(ebd.). Das Tempo der technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung wird von den Verwaltungssystemen kaum mitgehalten. Stattdessen entsteht bei der Bevölkerung ein Gefühl der Überforderung angesichts zunehmender Komplexität. Die häufig gehörte Forderung nach einem Abbau der Bürokratie oder gar nach Disruption führt indes nicht zu schlankeren Verfahren, sondern zu mehr Repression (vgl. Kühl 2025b).

Funktionen von Verwaltung und Flexibilität von Bildung

Strukturen der Verwaltung müssen stabil bleiben (vgl. Luhmann 2021). Bürokratie ist damit nicht als überflüssige Belastung zu verstehen, sondern als konstitutives Strukturmerkmal moderner Gesellschaften. Niklas Luhmann hat die Strukturen der Verwaltung nicht als Problemfall beschrieben, sondern ihre systemischen Grenzen ebenso herausgearbeitet wie die Spielräume und Interaktionsmöglichkeiten, die sich den handelnden Personen bieten. In Anlehnung an Max Weber lässt sie sich als Ausdruck rationalisierter, legaler und technisch effizientester Form der Herrschaft begreifen, die durch formalisiertes Regelwerk, festgelegte Verfahren und klar definierte Zuständigkeiten Ordnung und Unabhängigkeit herstellt (vgl. Weber 1972, S. 125): „Der reinste Typus der legalen Herrschaft ist diejenige mittelst bürokratischen Verwaltungstabs.“ (ebd.)

Je komplexer Organisationen werden, desto komplexer werden die Verfahrensabläufe. Auch der Erwachsenenbildung und ihrer Organisation ist die Bürokratiefrage nicht fremd. Hier geht es etwa um Regulierungs- oder Genehmigungsmodalitäten, um Abrechnungen oder um Kursorganisation. Wir befinden uns in einem Spannungsfeld: Bildungsprozesse brauchen Freiheit, Bürokratie braucht Ordnung. Wer Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen oder Behörden in den Blick nimmt, erkennt rasch die komplexe Gemengelage.

Eine Aufgabe von öffentlicher Verwaltung ist die Sicherung von Bildung jeglicher Art. Bildungsanbieter haben per se der Erfüllung bürokratischer Vorgaben zu dienen. Diese Schutzfunktion gerät jedoch an ihre Grenzen, wenn die Einhaltung von Regeln den zugrunde liegenden Bildungszielen übergeordnet wird. Verwenden Bildungseinrichtungen einen erheblichen Teil ihrer Ressourcen auf die Erfüllung von Nachweis-, Abrechnungs- und Dokumentationspflichten, während die Gestaltung von Lernprozessen in den Hintergrund tritt, verliert Bürokratie ihre dienende Funktion. Sie wird zum Selbstzweck, während Bildung auf die Rolle eines ausführenden Projekts bürokratischer Logik reduziert wird.

Die Verschiebung von inhaltlicher Arbeit zu Verwaltungsprozessen hat weitreichende Konsequenzen für Bildungszusammenhänge, sowohl für die Institution als auch die Nutzenden. Eigeninitiative wird durch formale Anforderungen tendenziell entmutigt, spontane oder experimentelle Projekte scheitern nicht selten an fehlenden oder nicht rechtzeitig erbringbaren Nachweisen, und Räume, in denen Scheitern, Erproben und selbstorganisiertes Lernen möglich wären, werden seltener. Bürokratie wirkt unter diesen Bedingungen wie ein Korsett, das Handlungs- und Gestaltungsspielräume verengt und Bildung auf ein kontrolliertes, standardisiertes Minimum zu

reduzieren droht. Der Wert von Lernprozessen wird an Zertifikaten, Bescheinigungen und Kompetenzrastern bemessen. Wer keine formalen Nachweise vorlegen kann, gilt ungeachtet faktisch erworbener Fähigkeiten als „nicht gebildet“. Bildungsinstitutionen agieren defensiv, indem sie sich mehr an Förderrichtlinien und administrativen Mechanismen orientieren, statt Menschen zur kritischen Reflexion und Autonomie zu befähigen. Dies führt dazu, dass Erwachsenenbildungseinrichtungen Gefahr laufen, ihre Programme eher nach Förderpolitik als nach den Bedürfnissen der Lernenden auszurichten. Dadurch wird die emanzipatorische Dimension der Bildung gefährdet, was auch den Beitrag von Bildung zu Bürokratie und stabiler Demokratie beeinträchtigt.

Dass Bildung – insbesondere die Erwachsenenbildung – die Stärke des Empowerments besitzt, wissen wir seit der Aufklärung, hier besonders geprägt durch Nicolai Grundtvig (vgl. Holm 2025). Wer sich selbst ermächtigt, kann staatliche Macht und damit das Gemeinwesen mitgestalten. Der Staat braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, und diese wiederum brauchen einen Staat, der dem Gemeinwesen dient und für Sicherheit und Daseinsvorsorge sorgt (vgl. Korsgaard 2014). Grundtvigs Ideen können als Anstoß für die Bürgerinnen- und Bürgerbildung in Demokratien dienen.² Wenn wir uns in Grundtvigs Sphären im Hinblick auf unser Thema bewegen, dann liegt die Lösung nicht in der Abschaffung einer allzu umfangreichen Bürokratie, sondern in ihrer Transformation und aktiven Gestaltung durch gebildete Individuen, die sich als Teilhaberinnen und Teilhaber der Öffentlichkeit verstehen.

2 Resonanzräume zwischen Bildung und öffentlicher Verwaltung

Organisationen sind eigentlich „verlernende Organisationen“ (Baecker 2003, S. 195). Das Lernen geschieht nur in der „Form der Aufhebung bislang bewährter Strukturen, das heißt in der Form der Verhinderung der Verhinderung von Abweichungen“ (S. 195). Öffentliche Verwaltung sollte demzufolge angesichts zunehmender Kritik als flexibles, lernendes System gestaltet werden. Was bedeutet das konkret? Nach Männle et al. gehören dazu u. a. eine bessere Erinnerung an bereits durchgeführte Vorgänge, das Durchbrechen lähmender Routinen, das Erlernen moderner Führungsmethoden, Personalentwicklung sowie – das ist unserem Zusammenhang von zentraler Bedeutung – verstärkte Interaktion. Verwaltung sollte also durch Anpassung formaler Strukturen wie Arbeitszeiten, Abläufe und Informationsflüsse entweder Redundanz für mehr Orientierung erhöhen oder durch weniger Formalisierung die Vielfalt steigern, wodurch dies entscheidbare Strategien darstellen, die letztlich den Wandel in Zusammenarbeit und Verständnis ermöglichen (vgl. Männle & Witt 2023, S. 224ff.). Interaktion bedeutet Dialog. Da wir festgestellt haben, dass die Verhinderung von Abwei-

2 Vgl. hierzu Peter Buhrmann 2003: Lernen um des Lebens willen. Heimvolkshochschulen als Orte politischer Bildung. In: Journal für politische Bildung 2023/4, Bundesausschuss Politische Bildung e.V. und Wochenschau Verlag, <https://www.journal-pb.de/blog/lernen-um-des-lebens-willen>.

chungen zu Reaktanz führt, denken wir uns also die öffentliche Verwaltung als einen evolutiven kulturellen Resonanzraum, in dem Veränderung lernend gelingen kann.³ Damit bewegen wir uns auf das Feld von Hartmut Rosas Resonanztheorie (vgl. Rosa 2019). Er versteht eine gelingende Weltbeziehung als wechselseitiges Verhältnis von Ansprache und Antwort, das im Kontrast zu stummen und somit entfremdeten Verhältnissen steht. Für Hartmut Rosa ist „Resonanz“ eine existenziell bedeutsame Beziehungsform, in der Subjekte sich von ihrer Umwelt berühren lassen, darauf antworten und sich in dieser Wechselwirkung verwandeln, also die „Ausbildung und Etablierung von Resonanzachsen“, die im Übrigen auch das Ergebnis von Bildungsprozessen sind (ebd., S. 417).

Laut Rosa fördern Beschleunigung (vgl. Rosa 2005), Differenzierung und Bürokratisierung die moderne Entfremdung, da sie Interaktionen standardisieren und auf Regeln reduzieren, wodurch Bürger mit unpersönlichen Systemen statt ansprechbaren Menschen konfrontiert werden. Entfremdung entsteht, wenn Politik und Verwaltung als undurchschaubar oder gleichgültig wahrgenommen werden und Verwaltungen die Menschen nur als sachliche Faktoren betrachten. Bürokratische Verfahren neigen nämlich dazu, Weltbeziehungen zu verdinglichen, indem Menschen einander als Aktenzeichen, Zuständigkeiten und Fristen begegnen, was das Erleben gegenseitiger Berührbarkeit und Antwort erheblich einschränkt.

Dem Denken Hartmut Rosas folgend, könnte öffentliche Verwaltung resonanzfreundlich gestaltet werden, indem sie nicht nur Mindeststandards von Verlässlichkeit und Rechtssicherheit bereitstellt, sondern Ansprechbarkeit, dialogische Verfahren und die Möglichkeit eines individuellen Eingehens auf Lebenslagen bewahrt. Entfremdung wird „überwunden, wo Subjekte in der Interaktion die Erfahrung machen, dass sie von anderen oder anderem berührt werden, dass sie aber auch selbst die Fähigkeit haben, andere(s) zu berühren (...).“ (Rosa 2019, S. 306). Eine resonante Bürokratie gewährleistet, dass Bürgerinnen und Bürger sich gesehen, gehört und in ihrer Lebenswirklichkeit ernst genommen fühlen. Gleichzeitig kann Verwaltungshandeln durch diesen Kontakt lernend verändert und gestaltet werden. Rosa betont, dass Gesetze und Institutionen resonanzfähig werden können, wenn sich Menschen als Mitautorinnen und Mitautoren begreifen können (vgl. ebd. S. 369 f.).

3 Gemeinsam lernende Systeme: Bildung und Verwaltung

Rosas Perspektive weitergedacht, hängt die Möglichkeit von Resonanzerfahrungen im bürokratischen Kontext von der Abkehr einer reinen Steigerungs- und Kontrolllogik hin zu mehr Sensibilität ab. „Das bedeutet, dass Subjekte Welt nicht nur wahrnehmen und auf sie reagieren, sondern dass sie sie auch konzeptualisieren als eine Welt, in der sie sich befinden, die ihnen begegnet und in der sie handeln, und diese Konzeptualisierung beeinflusst ebenso wie die sich herausbildenden Praxisformen, in denen sich

3 Wobei hier „Kultur“ als Selbstvergewisserung der Gesellschaft verstanden werden soll.

menschliches Leben vollzieht und Weltverhältnisse sich konkretisieren (...)“ (Rosa 2019, S. 69).

Für diese Entwicklung und vor allem für eine aktive Partizipation am staatlichen Handeln ist eine gute non-formale Erwachsenenbildung unerlässlich. Volkshochschulen haben hier eine lange und bewährte Tradition. „Volkshochschulen schaffen Räume für Teilhabe und Demokratie. Sie ermöglichen allen Bürgerinnen und Bürgern die freiwillige Teilhabe an Bildung, Kultur und am öffentlichen Leben und an einer reflektierten Auseinandersetzung. Sie bieten zudem Raum dafür, dass aktuelle Fragestellungen – sei es mit einem lokalen, nationalen oder globalen Fokus – kontrovers diskutiert werden können“ (DVV 2019, S. 15). Strukturiert organisierte, freiwillige Lernangebote für Erwachsene zur demokratischen Teilhabe (was deutlich mehr ist, als nur am demokratischen Gemeinwesen teilzunehmen, sondern im Verständnis geschieht, aktive Trägerin und Träger von Demokratie zu sein) können gezielt Kompetenzen fördern. In diesem Rahmen sind Volkshochschulen zentrale, wohnortnahe Einrichtungen, die mit einem breiten, niedrigschwelligem Kursangebot (z. B. zu Verwaltungsstrukturen, Mitwirkungs- und Widerspruchsmöglichkeiten, Verstehen von Verwaltungsprozessen, politischer Bildung) demokratische Integration und Interaktion ermöglichen können. Dadurch entsteht bei Bürgerinnen und Bürgern eine reflexive Kompetenz in Bezug auf Bürokratie (Pachner 2018), nämlich die Fähigkeit, Regeln nicht nur anzuwenden, sondern auch kritisch zu hinterfragen, im Kontext zu interpretieren und auf Veränderungen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinzuwirken. Die Bedingungen sind in der Verwaltungslogik per se angelegt, wie Luhmann sagt. „So herrscht in der öffentlichen Verwaltung an der Publikumsgränze im Allgemeinen eine recht gute Vorstellung darüber, wie geplante Verwaltungsprogramme aufgenommen werden, welche Auswirkungen und welche Reaktionen etwa zu erwarten sind. (...) An ihrer Spitze vermag die Verwaltung gegenüber der politischen Sphäre zu beurteilen, mit welchen politischen Widerständen zum Beispiel ein Gesetzentwurf zu rechnen hat. Und natürlich weiß sie aus nächster Beobachtung, welches Verhalten ihrer Mitglieder, welche Einsatzbereitschaft, welche Fähigkeiten, welche Hemmungen sie erwarten kann, wo also das Handeln im eigenen Hause auf Schwierigkeiten stoßen wird. Diese Voraussicht ist so typisch, so weit verbreitet und im Allgemeinen so verlässlich, dass Fehlerwartungen im Verwaltungsalltag zugleich als vorwerfbare Fehlleistungen behandelt werden können“ (Luhmann, S. 192). Eine „Bildung zur Bürokratie“ umfasst also auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger Verständnisbildung, also politische Bildung, ethische Reflexion und heute notwendigerweise digitale Kompetenz. Öffentliche Verwaltung und Bildung müssen sich gegenseitig als Partner begreifen – beide sind aufeinander angewiesen, um Demokratie lebendig und widerstandsfähig zu halten. Am Ende steht nicht die Bürokratie als selbstreferenzielles Ziel, sondern die Stärkung der Demokratie. „Wenn Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur als die Empfänger oder Adressaten der sie bindenden Regeln und Gesetze begreifen müssen, sondern auch als deren Autoren verstehen können, erfahren sie die politisch-administrative Ordnung nicht (nur) als einen fremdbestimmten Bereich, sondern auch als eine zivilgesellschaftliche Resonanzzone (...)“ (Rosa 2019, S. 364). Vom Regelwerk zur resonanz-

ten Beziehung: Das ist der Weg zu einer lernfähigen Gesellschaft, die Bürokratie nicht als Last, sondern als gestaltbare Ressource begreift und „eine Bildungspolitik, welche begreift, dass das Ziel intelligenter Bildung nicht die verdinglichende Vermittlung von stummen Kompetenzen, sondern das Sprechendmachen und die Anverwandlung von Weltausschnitten ist“ (ebd., S. 760). Die Vision ist eine Demokratie, in der Verwaltung und Bildung sich gegenseitig stärken – rational, gerecht und menschlich zugleich.

Literatur

- Baecker, D. (2003). *Organisation und Management*. Suhrkamp Verlag.
- Behnke, N. (2014). Bürokratie und Verwaltung. In S. Mau & N. Schöneck (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Springer VS. S. 130–143. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18929-1_8.
- Deutscher Volkshochschulverband (DVV) (2019). *Bildung in öffentlicher Verantwortung*.
- Deutscher Volkshochschulverband (DVV) (2020). *Wenn die Worte fehlen – Argumente gegen Stammtischparolen*.
- Graeber, D. (2017). *Bürokratie. Die Utopie der Regeln*. Goldmann.
- Hinterleitner, M. (2025). *Blaming Bureaucracy. Reckoning with a Problematic Political Activity*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/9780198980186.001.0001>.
- Holm, A. (2025). *N. F. S. Grundtvig. Der Reformator und Begründer des modernen Dänemarks*. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Korsgaard, O. (2014). *N. F. S. Grundtvig as a Political Thinker*. DJØF Publishing
- Kühl, S. (2025a). Aktenberge der Exzellenz. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Dezember 2025*.
- Kühl, S. (2025b). Entbürokratisierung, Baby! *taz vom 30. November 2025*. <https://taz.de/Essay-ueber-staatlichen-Autoritarismus/!6129942/>.
- Löhr, J. (2025). Merz plant Kabinettsitzung allein zum Bürokratieabbau. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. September 2025*.
- Luhmann, N. (2021). *Die Grenzen der Verwaltung*. Suhrkamp.
- Männle, P. & Witt, L. (2023). Auf dem Weg zu einer innovativen Verwaltung. Oder: Was müssen Verwaltungen jetzt lernen? In A. Schröer; B. Blättel-Mink; A. Schröder & K. Späte (Hrsg.), *Soziale Innovationen in und von Organisationen*. Sozialwissenschaftliche Studien zur Transformation von Organisation. Springer VS. S. 293–307. https://doi.org/10.1007/978-3-658-40695-0_19.
- Pachner, A. (2018). Reflexive Kompetenzen – Bedeutung und Anerkennung im Kontext erwachsenenpädagogischer Professionalisierung und Professionalität. *Zeitschrift für Weiterbildungsforschung* (41), S. 141–157. <https://doi.org/10.1007/s40955-018-0115-7>.
- Rosa, H. (2005). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Suhrkamp.
- Rosa, H. (2018). *Unverfügbarkeit*. Suhrkamp.
- Rosa, H. (2019). *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Suhrkamp.
- Sloterdijk, P. (2022). *Wer noch kein Grau gedacht hat. Eine Farbenlehre*. Suhrkamp.

Voigt, R. (1980). *Verrechtlichung. Analysen zu Funktion und Wirkung von Parlamentarisierung, Bürokratisierung und Justizialisierung sozialer, politischer und ökonomischer Prozesse*. Athenäum.

Weber, M. (1972). *Max Weber-Gesamtausgabe*. Band I/22,3: Wirtschaft und Gesellschaft. Recht. Mohr Siebeck Verlag.

Autor

Martin Lätzel, Prof. Dr., Direktor der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel.

Review

Dieser Beitrag wurde nach der qualitativen Prüfung durch die Redaktionskonferenz am 22.01.2026 zur Veröffentlichung angenommen.

This article was accepted for publication following the editorial meeting on the 22nd of January 2026.